

Jetzt aber
Abo!

Jetzt das jW-Print- oder Onlineabo
bestellen: jungewelt.de/abo



Alle Kräfte für den Endspurt. Es fehlen noch 498 Abos. Siehe Seite 16

GEGRÜNDET 1947 · SA./SO., 10./11. FEBRUAR 2024, NR. 35 · 2,60 EURO (DE), 2,90 EURO (AT), 3,10 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Berliner Holzköpfe

Dokumentiert: Auszüge aus einem Interview von Wladimir Putin mit Tucker Carlson

3

Hausgemachte Staatskrise

Krise, Rezession, Finanznot: Ampelregierung vor Scherben ihrer Wirtschaftspolitik

5

Humanitäre Katastrophe

Sudan als Stiefkind der Weltöffentlichkeit: Hungerkrise im Bürgerkrieg

6

Vernutzte Proletarier

Vor 125 Jahren wurde Bertolt Brecht geboren. Über Krieg und Ausbeutung in seinem Frühwerk

12

Rote Karte für Investoren

Fußballfans lehnen Dialogangebot ab. Neue Proteste gegen DFL-Deal angekündigt.

Von Raphael Molter



Auch die Fans von Union Berlin sagen nein zur DFL (Leipzig, 4.2.2024)

Viele Fußballfans sind sauer. Am Wochenende sollen Proteste gegen den Investorendeal in deutschen Fußballstadien weitergehen. Auch mit Spielabbrüchen ist zu rechnen. In einer gemeinsamen Stellungnahme vom Freitag werfen Fangruppen der Deutschen Fußballliga (DFL) Ignoranz vor. »Das jetzige Dialogangebot ist kein Umdenken. Es ist ein Feigenblatt. Denn es enthält kein Angebot für Verhandlungen.«

Enttäuscht zeigte sich Hans-Joachim Watzke, Sprecher des DFL-Präsidiums und Geschäftsführer des Bundesligisten Borussia Dortmund, am Freitag darüber, dass die Fußballfans nicht mit ihm reden wollten. »Die Absage der eingeladenen Fanvertreter nehmen wir zur Kenntnis, bedauern sie aber, denn Dialogbereitschaft ist immer die Basis für ein demokratisches Miteinander«, sagte er am Freitag in einer DFL-Mitteilung. Die

Versuche der DFL vom Donnerstag, den Konflikt mit den Fans durch Dialogangebote zu befrieden, sehen diese als Versuch, kritische Stimmen einzubinden, um sie zu neutralisieren. Vor einigen Jahren hatte die DFL für eine Taskforce zur »Zukunft Profifußball« erstmals Fanvertreter eingeladen, die Ergebnisse der Kommission wurden daraufhin nach Ansicht vieler Ultras als »Kompromiss eines »Laberladens« kritisiert.

Im Zentrum der Proteste steht die Frage nach der zukünftigen finanziellen Ausrichtung der ersten und zweiten Bundesliga. Die Finanzinvestoren CVC und Blackstone wollen für 20 Jahre Anteile an einer DFL-Tochtergesellschaft erwerben, in der die kompletten Medienrechte ausgelagert werden. In der Fanlandschaft hat das einen Sturm der Entrüstung ausgelöst. Die Proteste erreichten am letzten Sonnabend einen ersten

Höhepunkt beim Zweitligaspiel von Hertha BSC gegen den HSV im Berliner Olympiastadion. Ab der 53. Minute flogen Tennisbälle auf das Feld, das Spiel musste für mehr als eine halbe Stunde unterbrochen werden.

Die Kritik der Fans richtet sich nicht nur gegen eine weitere Kommerzialisierung des Fußballs, sondern auch gegen das Zustandekommen des Investorenvotums selbst. Der Vorwurf: Die DFL habe bei der entscheidenden Mitgliederversammlung im Dezember die 50+1-Regel, die die Mehrheit der Stimmrechte bei den Vereinen und damit den Einfluss der Fans sichert, durch eine geheime Abstimmung untergraben. Die benötigte Zweidrittelmehrheit kam punktgenau zustande, aus den aktiven Fanszenen gibt es seitdem heftige Proteste.

Vor diesem Hintergrund sollten auch die aktuellen Äußerungen des Stuttgarter Vereinspräsidenten Claus

Vogt kritisch betrachtet werden. Er sprach von einem »größtmöglichen Schaden für den deutschen Fußball«, wenn nicht auf die kritischen Stimmen der Fans gehört werde. Andere Vereinsfunktionäre wiesen auf Transparenzprobleme hin. Die Reduzierung des Konflikts auf Fragen demokratischer Prozesse und der Transparenz, um Abstimmungsergebnisse zu legitimieren, übersieht die tieferliegenden Auswirkungen. Der aktuelle Konflikt um die DFL-Investorensuche ist nur die Spitze eines Eisbergs. Es geht um die Bewahrung der kulturellen und sozialen Werte, die den Fußball eben auch prägen. Die Fans stellen sich damit gegen eine zunehmende Kommerzialisierung und Entfremdung, und die Proteste können jederzeit inhaltlich weit über den Fußball hinaus gehen. Weitere Aktionen sind abzuwarten, die nächste Runde des Protest-»Tennis« beginnt.

Brüssels nächster Vorposten

EU stellt Mauretanien 210 Millionen Euro für Eindämmung von Migration nach Europa in Aussicht

Der EU-Imperialismus will mit Mauretanien eine Neokolonie enger an sich binden, um Russland und China zuvorkommen. Das Engagement in dem westafrikanischen Land werde »Vorbild für eine Zusammenarbeit zwischen (...) Nordwestafrika und der Europäischen Union« sein, hoffte die SPD-Spitzenkandidatin zur EU-Wahl, Katarina Barley, gegenüber dem Portal *Euractiv* am Freitag. Am Donnerstagabend (nach jW-Redaktionsschluss) hatten Brüssel, Madrid und Nouakchott gemeinsam neue Vereinbarungen zwischen dem

Staatenbündnis und der Islamischen Republik verkündet.

Die EU will doppelt profitieren. So wolle man Mauretanien helfen, die Infrastruktur zur Produktion »grünen« Wasserstoffs für die europäische Industrie aufzubauen. Im März soll eine Wirtschaftsdelegation Investitionsmöglichkeiten ausloten. Der Staat, dessen Ökonomie auf den Export von Rohstoffen wie Erdgas, Mineralien und Fischereiprodukten getrimmt ist, soll zugleich als Handlanger im Kampf gegen »irreguläre« Einwanderung, sprich Armutsmigration, aufgebaut werden.

Bei ihrem Besuch am Donnerstag hatten EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Spaniens Ministerpräsident Pedro Sánchez die Bemühungen Mauretaniens um die Aufnahme von Flüchtlingen begrüßt. Sánchez kündigte die Verdopplung der humanitären Hilfen aus Spanien für Geflüchtete noch in diesem Jahr an. Brüssel wolle ebenfalls mehr Geld schicken und »die Erfahrungen der europäischen Grenzagentur Frontex nutzen«. 210 Millionen Euro sollen »für die Steuerung der Migration« fließen, wie *AFP* am Donnerstag berichtete. Vergangenes

Jahr kamen allein auf den Kanarischen Inseln fast 40.000 Migranten an, ein wichtiger Ausgangspunkt ist Mauretanien, wie *Reuters* am Mittwoch mit Verweis auf Frontex-Zahlen berichtet hatte.

Vertreter der EU-Mitgliedstaaten hatten sich ebenfalls am Donnerstagabend in Brüssel auf eine Fassung des sogenannten Gemeinsames Europäischen Asylsystems (GEAS) geeinigt. Ziel ist die deutliche Verschärfung der Regeln zur Einwanderung in die EU. Derzeit wird davon ausgegangen, dass das EU-Parlament über das GEAS im April abstimmt. **Marc Bebenroth**

Washington: Scholz fordert Militärhilfe für Ukraine



Washington. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat sich vor seinem Treffen mit US-Präsident Joseph Biden in Washington am Donnerstagabend mit acht Senatoren des US-Kongresses getroffen, um auf mehr Militärhilfe für die Ukraine zu drängen. Der US-Präsident versucht seit Monaten, Militärhilfe im Wert von rund 56 Milliarden Euro für Kiew durch den Kongress zu bringen. Die Republikaner blockieren das Paket. Aus der deutschen Delegation hieß es nach dem Treffen, die Gesprächspartner hätten sich »hoffnungsvoll« gezeigt, dass die USA ihre finanzielle Unterstützung leisten würden. Am Freitag nachmittag (Ortszeit, nach jW-Redaktionsschluss) wollte Scholz den politisch angeschlagenen Biden im Weißen Haus treffen. Neben der Ukraine sollte es auch um den Nahostkonflikt und den NATO-Gipfel im Juli gehen. (dpa/jW)

■ Siehe Kommentar Seite 8

EU-Lieferkettengesetz kommt vorerst nicht

Brüssel. Die EU hat die für diesen Freitag geplante Abstimmung über ein Lieferkettengesetz kurzfristig verschoben. Das Thema sei von der Agenda der Ständigen Vertreter der 27 EU-Staaten genommen worden, teilte die belgische Ratspräsidentschaft mit. Die Abstimmung solle zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt werden. Einem EU-Diplomaten zufolge ist dafür der kommende Mittwoch vorgesehen. Auslöser der Verschiebung ist die im Vorfeld angekündigte Enthaltung der BRD. Diese wirkt de facto wie ein Nein, weil die Stimmen dann beim Versuch fehlen, die nötige Mehrheit zu erzielen. Erforderlich ist ein Ja von 15 der 27 EU-Staaten, die zudem mindestens 65 Prozent der EU-Bevölkerung repräsentieren müssen. Die Ampelregierung hatte keinen Konsens gefunden und wollte sich daher bei der Abstimmung enthalten. SPD und Grüne waren für eine Zustimmung, die FDP dagegen. (Reuters/jW)

jW wird herausgegeben von 2.767 Genossinnen und Genossen (Stand 11.12.2023)
www.jungewelt.de/lpg



4 198625 902604